Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.60. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 35 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 108. | Dresden, Freitag den 12. Mai 1916. | 27. Jahrg.

Der Kapitalmarkt in und nach dem Kriege.

ah. Deutschland bringt leichter Anleihen als seine Gegner auf, weil seine Lager leer sind. Darum herrscht so große Geldflüssigkeit, erfolgt die Einzahlung auch der vierten Kriegsanleihe so prompt und steigt der Kurs der Aktien im Freiverkehr der Börse auf schwindelnde, um nicht zu sagen schwindelhafte Höhe.

Nach dem Kriege werden die Lager gefüllt und die Betriebseinrichtungen erneuert werden müssen. Das Betriebskapital, das jetzt in hochverzinslichen Renten und Schatzscheinen angelegt ist, wird zurückgezogen werden. Aber der Geldbedarf des Reiches, der Staaten und Gemeinden wird nicht aufhören, sondern wachsen. Darum muß sich der Staat Einfluß auf die Kapitalverteilung sichern und die höchste Rentabilität als einzig bestimmendes Prinzip ausschalten.

Die tatsächliche Neuanlage von deutschem Kapital in in- und ausländischen Papieren ist für die letzten Jahre auf 2,5 Milliarden M. geschätzt worden. Die Gesamtersparnisse wurden auf 7 oder 8 Milliarden veranschlagt. Diese Summen werden in der nächsten Zeit nicht wieder erzielt werden. Sagte doch Gothein im Reichstage, daß jeder Deutsche vier oder fünf Monate für Reich, Staat und Gemeinde werde arbeiten müssen! Die Verzinsung und Tilgung einer ungeheueren, nicht werbenden Schuld wird wie ein Bleigewicht die Volkswirtschaft belasten und ihren jährlichen Ueberschuß vermindern, der künftig auf höchstens drei Milliarden geschätzt werden darf. Und das angesichts eines gigantisch angeschwollenen Bedarfs!

Denn das Reich ist nicht der einzige Kostgänger des Geldmarktes. Preußen dürfte allein mindestens drei Milliarden schwebender Schulden zu konsolidieren haben und mindestens ebensoviel die übrigen Bundesstaaten. Die Gemeinden haben schon vor dem Kriege wachsende Schwierigkeiten bei der Aufnahme von Kapitalien gehabt und in schlechtere Zeichnungsbedingungen und höhere Verzinsung willigen müssen. Der Wettbewerb der dauernd hochverzinslichen Industrie- und Bankaktien mit ihrer Kurschance und geringem Risiko war empfindlich groß. Nach dem Kriege wird es noch schlechter.

Die Arbeiter sind durch wichtigste Lebensinteressen mit der Entwicklung des Geldmarkts verbunden. Können Reich, Staat und Gemeinden kein Geld zu erschwinglichen Bedingungen auftreiben, so bauen sie ihre sozialen und Wohlfahrtseinrichtungen nicht aus oder schränken sie gar ein. Je knapper das Geld, je höher der Zinsfuß, desto größer die aus dem Schuldendienst sich ergebende Steuerlast, desto heftiger der Widerstand gegen die soziale Reform!

Damit erschöpfen sich die verhängnisvollen Folgen der Geldknappheit und -teuerung für die Arbeiterschaft noch nicht. Ist der Leihzins hoch, so ruht die private Bautätigkeit, bis die Wohnungsnot die Mietzinse treibt. Erst Stillstand und Hemmung der Erzeugung, dann hohe Preise — das sind die Folgen der Geldteuerung, die katastrophal wirken kann.

Deutschland war vor dem Kriege Gläubigerland. Die ausländischen Werte sind, soweit es sich nicht um faule Gründungen handelte, in großem Umfange zurückgeflossen. Damit wurde eine wesentlich auf ausländische Kapitalanlage gegründete Hoffnung bestätigt und erfüllt: durch die Abstoßung der fremden Papiere wurden deutsche Guthaben im Auslande geschaffen, aus denen ohne Steigerung der Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln und ihres Preises ausländische Waren bezahlt werden konnten.

Die Ausfuhr von Kapital wird stark eingeschränkt werden müssen. Sartorius Freiherr von Waltershausen rügt mit Fug und Recht, daß Deutschland Kapital seinen jetzigen Feinden zur Verfügung gestellt hat, das heute genau so gut gegen Deutschland wirkt wie die ausgeführten Kruppschen Kanonen:

„Man wird fragen, wie so etwas (die Emission von 20 Millionen-Rubel-Aktien an der Berliner Börse ganz knapp vor Kriegsausbruch) möglich gewesen ist? War es den Emissionsbanken und dem Publikum unbekannt, daß ein französisch-russisches Bündnis bestand, das das Ziel hatte, Deutschland zu erdrücken? Haben die deutschen Diplomaten in Petersburg die Anleihen gutgeheißen, oder haben sie von ihnen nichts gewußt? Welche Stellung hat das deutsche Auswärtige Amt zu ihnen eingenommen? Hat man vielleicht gegen Rußland nicht unfreundlich sein wollen, als es mit geborgten Milliarden den Feldzug gegen Deutschland und Oesterreich vorbereitete? Wir können auf diese Fragen keine Antwort geben. Aber das ist doch völlig klar, daß das deutsche Kapital in riesigen Summen nach der östlichen Volkswirtschaft gegangen ist und sie für den Krieg gekräftigt hat. Da die deutschen Einzelstaaten die Aufsicht über die Börse innehaben und als Mitglieder des Bundesrats das Reichsgesamtinteresse zu vertreten haben, so wird niemand leugnen können, daß sie auf Anregung des Auswärtigen Amts die Emissionen auswärtiger Feinde zu verhindern verpflichtet sind. Wenn irgendwo, so ist es hier ganz unzweideutig, was unter dem Gesamtinteresse zu verstehen ist."

Weniger durch politische Rücksichten auf das Vaterland, als durch die Furcht vor dem größeren Risiko im jetzigen Feindesland wird das Kapital vor allem befreundete oder neutrale Staaten aufsuchen, wobei es freilich infolge der zu hohen steuerlichen Belastung zu einer regelrechten Flucht des Kapitals kommen kann. Träte sie ein, so würden sich die geschilderten Folgen der Geldknappheit potenziert zeigen.

Noch schlechter als das reiche Gläubigerland Deutschland sind die armen Schuldnerländer daran, die Aschenbrödel spielen und auf die Brosamen werden warten müssen.

Die Kapitalnot nach dem Kriege rechtfertigt die Kapitalverteilung durch den Staat, die das Streben nach höchster Rentabilität etwas hinter volkswirtschaftliche und gesamtstaatliche Interessen zurückdrängen kann. Als ein Instrument zu diesem Zwecke kann die Reichsbank verwendet werden. Doch darf nie übersehen werden, daß jede Beschränkung des Kapitals und Ausschaltung der höchsten Rentabilität als Bestimmungsgrundes der Natur des Kapitals widerstreitet, das die Freiheit über alles liebt, die Freiheit zum Gewinn um jeden Preis, zum Raubbau an Mensch und Sache.

Englische Stellungen gestürmt.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 12. Mai 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Südöstlich des Hohenzollernwerkes bei Hulluch stürmten pfälzische Bataillone mehrere Linien der englischen Stellung. Bisher wurden 127 unverwundete Gefangene eingebracht und mehrere Maschinengewehre erbeutet. Der Gegner erlitt außerdem erhebliche blutige Verluste, besonders bei einem erfolglosen Gegenangriff.

In den Argonnen scheiterte ein von den Franzosen unter Benutzung von Flammenwerfern unternommener Angriff gegen die Fille Morte.

Im Maasgebiet herrschte beiderseits lebhafte Artillerietätigkeit. Von einem schwachen französischen Angriffsversuche im Thiaumont-Walde abgesehen, kam es zu keiner nennenswerten Infanteriehandlung.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Ein deutsches Flugzeuggeschwader belegte den Bahnhof Horodzieja an der Linie Kraschin—Minsk ausgiebig mit Bomben.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der Wortlaut der amerikanischen Note.

Berlin, 11. Mai. Die am 10. d. M. vom amerikanischen Botschafter überreichte Antwortnote lautet, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, in Uebersetzung wie folgt:

Berlin, 10. Mai 1916.

Euer Exzellenz.

Ich habe die Ehre, auf Weisung meiner Regierung Euer Exzellenz die folgende Antwort auf die Note Euer Exzellenz vom 4. Mai d. J. mitzuteilen:

Die Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai 1916 ist von der Regierung der Vereinigten Staaten sorgfältig erwogen worden. Es ist besonders an ihr beachtet worden, daß sie als Absicht der Kaiserlichen Regierung für die Zukunft kundgibt, „daß sie ein Letztes dazu beitragen will, um — solange der Krieg noch dauert — die Beschränkung der Kriegführung auf die kämpfenden Streitkräfte zu ermöglichen", und daß die Kaiserliche Regierung entschlossen ist, allen ihren Seebefehlshabern die Beschränkungen nach den anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen aufzuerlegen, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten in all den Monaten bestanden hat, seit die Kaiserliche Regierung am 4. Februar 1915 ihre jetzt glücklicherweise aufgegebene Unterseebootspolitik ankündigte. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich in ihren geduldigen Bemühungen um einen freundschaftlichen Ausgleich der aus jener Politik erwachsenen kritischen Fragen, die die guten Beziehungen zwischen den beiden Ländern so ernst bedrohten, beständig durch Beweggründe der Freundschaft leiten und zurückhalten lassen. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird sich darauf verlassen, daß die jetzt geänderte Politik der Kaiserlichen Regierung hinfort eine gewissenhafte Ausführung finden wird, die die hauptsächliche Gefahr für eine Unterbrechung der guten, zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bestehenden Beziehungen beseitigen wird.

Die Regierung der Vereinigten Staaten hält es für notwendig, zu erklären, daß sie es für ausgemacht ansieht, daß die Kaiserliche Regierung nicht beabsichtigt zu versehen zu geben, daß die Aufrechterhaltung der neuangekündigten Politik in irgendeiner Weise von dem Verlauf oder Ergebnis diplomatischer Verhandlungen zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten und irgendeiner anderen kriegführenden Regierung abhänge, obwohl einige Stellen in der Note der Kaiserlichen Regierung vom 4. Mai einer solchen Auslegung fähig sein könnten. Um jedoch die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu vermeiden, teilt die Regierung der Vereinigten Staaten der Kaiserlichen Regierung mit, daß sie keinen Augenblick den Gedanken in Betracht ziehen, geschweige denn erörtern kann, daß die Achtung der Rechte amerikanischer Bürger auf der hohen See von seiten der deutschen Marinebehörden in irgendeiner Weise oder in geringstem Grad von dem Verhalten irgendeiner anderen Regierung, das die Rechte der Neutralen und Nichtkämpfenden berührt, abhängig gemacht werden sollte. Die Verantwortlichkeit in diesen Dingen ist getrennt, nicht gemeinsam; absolut, nicht relativ.

Ich ergreife die Gelegenheit, um Euer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung zu erneuern.

gez. James W. Gerard.

Seiner Exzellenz Herrn von Jagow, Staatssekretär des Auswärtigen Amts.

Die Note hat also im wesentlichen den schon von Reuter berichteten Wortlaut. Der Notenwechsel zwischen Berlin und Washington dürfte damit zunächst abgeschlossen sein. Nach dem Berliner Tageblatt wird vermutlich von Berlin aus eine neue Antwort nicht erfolgen. Nach der Lage der Dinge bestehe kein Grund zu einer abermaligen schriftlichen Aeußerung. Eine bestimmte Entschließung sei allerdings noch nicht gefaßt.

Französische Hoffnungen.

† **Bern, 11. Mai.** Die französischen Hetzer schöpfen neue Hoffnung aus der amerikanischen Antwort auf die deutsche Note. Echo de Paris meint, man mache sich keine Illusionen mehr über die schweren Folgen, die ein neuer Zwischenfall mit sich bringen würde. — Was aus der Tonart der amerikanischen Antwort klar und unbestreitbar hervorgeht, sagt der Matin, ist, daß beim erstenmal, wo Deutschland seine Verpflichtungen nicht einhält, die Beziehungen abgebrochen werden. — Pichon schließt seine Betrachtungen im Petit Journal: Die Sache ist verhandelt und abgeurteilt. Wenn nicht heute, so doch morgen wird die Strafe folgen. — Petit Parisien quittiert hocherfreut, daß Wilson den deutschen Schacher abgelehnt habe und stellt triumphierend fest: Der Kaiser hat seinen Meister gefunden. — Der Temps schreibt: Die Antwort ist trocken bis zur Verachtung. Sie verkündet, daß die Unmoral des deutschen Kaiserreiches jede Verbindung zwischen ihm und den Kulturvölkern unmöglich macht.

Die lauernde Gefahr.

† **Bern, 11. Mai.** Der Bund schreibt zu dem trockenen unverbindlichen Tone der amerikanischen Antwort: So sprechen Leute, die sich zwar äußerlich vertragen, aber keineswegs überzeugt sind, das mühsam zusammengestückelte Band werde lange halten. Für den Augenblick ist immerhin ein Bruch vermieden. Die Schlußspendung der amerikanischen Antwort enthält die denkbar schroffste Zurückweisung des deutschen Vorbehalts. Schärfer kann man die Grundsätze nicht betonen.

Mexiko gegen Amerika.

Amsterdam, 12. Mai. Auf Grund von Berichten eines englischen Korrespondenten in Mexiko wird gemeldet, daß sich an der amerikanischen Grenze größere Ereignisse vorbereiten. Truppenabteilungen Villas sind an mehreren Stellen auf amerikanisches Gebiet übergegangen und haben amerikanische Grenzposten vertrieben. Villa hat die Absicht, die Eisenbahnverbindungen mit Amerika zu zerstören, um die noch in Mexiko befindlichen Truppen Amerikas erfolgreich angreifen zu können.

Ablehnung der amerikanischen Heeresvermehrung.

tu. **Von der Schweizer Grenze, 11. Mai.** Wie die Havasagentur mitteilt, wird den Pariser Blättern aus Washington gemeldet, das Repräsentantenhaus habe das Gesetz über die Erweiterung des Heeres, die gegenwärtig mehr als eine Million Mann umfasse, abgelehnt.

Griechenland soll gezwungen werden!

† **Kopenhagen, 11. Mai. Folgende Mitteilung des Preßbureaus wird von Petersburger Blättern vom 5. Mai gebracht: Die griechische Regierung hat bisher der Durchfuhr der serbischen Truppen durch Griechenland ihre Zustimmung nicht erteilt. Die griechische Regierung begründet ihre Weigerung mit der Befürchtung vor der Einschleppung von Seuchen und damit, daß der Transport der Truppen auf der schmalspurigen Eisenbahn Patras—Larissa allzuviel Zeit beanspruchen würde. Es ist jedoch klar, daß der Hauptgrund der griechischen Regierung die Furcht vor Deutschland ist. Die Alliierten haben beschlossen, Griechenland zur Erfüllung ihrer Forderungen zu zwingen. Die energische Haltung der Alliierten in dieser Frage entspricht dem Wunsche, die Pläne Griechenlands endgültig klarzulegen. Die Gesandten der Alliierten haben Weisung erhalten, im Einverständnis mit dem Stabe der Truppen der Alliierten in Griechenland vorzugehen.**

Türkische Erfolge im Kaukasus.

Konstantinopel, 10. Mai. Amtlicher Bericht. An der Kaukasusfront wurde der Feind im Abschnitt des Kopebergs in dem Gefechte, das am 8. Mai, vormittags, mit unserem Angriffe begann und bis zum Abend dauerte, durch Bajonettangriff aus seinen Stellungen in einer Ausdehnung von beinahe fünfzehn Kilometer ver-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160512/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG